03. November 2026

# Haushaltsrede 2027

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats,

verehrte Gäste der heutigen Gemeinderatssitzung,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

sehr geehrte Pressevertreterin,

die Erstellung des Haushaltsplans 2027 fällt erneut in eine Zeit großer Herausforderungen – wirtschaftlich, steuerlich und politisch. Die Unsicherheit im wirtschaftlichen Umfeld erfordert von uns, dass wir jeden Euro genau abwägen und unsere Prioritäten verantwortungsvoll setzen. Unser Ziel ist es, trotz dieser Bedingungen die Gemeinde zukunftsfähig zu gestalten, Bewährtes zu erhalten und wichtige Entwicklungen voranzutreiben.
Der Haushaltsplan ist das Fundament unseres kommunalen Handelns. Er gibt den finanziellen Rahmen für die Projekte und Aufgaben vor, die uns im nächsten Jahr und darüber hinaus begleiten werden. Auch wenn die Haushaltslage angespannter ist als früher, übernehmen wir Verantwortung: Lauf soll weiterhin lebenswert, leistungsfähig und attraktiv bleiben.
Mit dem heutigen Entwurf wollen wir ein Zeichen setzen: Für Verlässlichkeit, für Weitblick – und für ein gemeinsames Miteinander, das uns hilft, auch mit knapperen Mitteln das Beste für unsere Gemeinde zu erreichen.

Ich freue mich, Ihnen den Entwurf des Haushaltsplans 2027 der Gemeinde Lauf wie gewohnt frühzeitig präsentieren zu dürfen, um ihn noch in diesem Jahr beschließen und damit frühzeitig unser Programm für das nächste Jahr starten zu können.

Auch für das kommende Jahr stehen wir erneut vor der Herausforderung, keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Trotz erheblicher Anstrengungen und einer zurückhaltenden Planung wird unsere Gemeinde laufende Erträge in Höhe von rund 800 TEUR weniger erzielen, als zur Deckung aller Aufwendungen notwendig wäre. Diese Entwicklung betrifft nicht nur uns, sondern einen Großteil der Kommunen im Land und auf Bundesebene.

Insbesondere die aktuelle Regionalisierung der Steuerschätzung verdeutlicht die angespannte finanzielle Situation: So müssen Landkreise, Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg laut den jüngsten Prognosen für 2026 mit rund 327 Mio. Euro geringeren Steuereinnahmen rechnen als noch in der Maisteuerschätzung vorgesehen war. Für 2027 wurden die Erwartungen erneut um 30 Mio. Euro nach unten revidiert. Auch in den Jahren 2028 bis 2030 werden die prognostizierten Einnahmen erheblich hinter den bisherigen Erwartungen zurückbleiben. Hauptursache für diese Entwicklung ist vor allem die rückläufige Gewerbesteuer bei vielen Kommunen, aber auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird geringer ausfallen als bislang angenommen. Insgesamt bleiben damit die Einnahmeerwartungen der Kommunen in Baden-Württemberg hinter denen der Kommunen auf Bundesebene zurück.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie groß die Herausforderungen bei der Haushaltsaufstellung sind und wie notwendig ein verantwortungsvoller Umgang mit den vorhandenen Mitteln bleibt.

Für unsere Kommune können wir erfreulicherweise feststellen, dass wir bislang keinen Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen verzeichnen mussten. Diese entwickeln sich weiterhin stabil. Das zeigt, dass unsere lokale Wirtschaft leistungsfähig ist und unsere Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer gemeinsamen Aufgaben leisten.

Dennoch dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass die landesweiten Trends auch für uns Risiken mit sich bringen. Die allgemeinen Prognosen wurden in den vergangenen Jahren immer wieder nach unten korrigiert, weshalb wir auch künftig mit vorsichtigen Annahmen planen sollten.

Doch nun zur konkreten Planung für unsere Gemeinde Lauf:

Im Haushaltsplan sind sämtliche wesentlichen Investitionen und umfangreiche Unterhaltungsmaßnahmen berücksichtigt. Mit einem erneut hohen Investitionsvolumen von rund 3,8 Mio. Euro im Jahr 2027 haben wir die finanziellen Mittel vorgesehen, um die Gemeinde in wichtigen Bereichen weiterzuentwickeln und notwendige Maßnahmen umzusetzen – insbesondere im Bereich der Wasserversorgung.

Umso ernüchternder ist die Tatsache, dass es für dieses wichtige Projekt keine Zuschüsse geben soll. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Gemeinde für dringend

notwendige Investitionen Millionenbeträge aus eigenen Mitteln aufbringen muss, ohne dabei auf finanzielle Unterstützung von Land oder Bund zurückgreifen zu können. Eine kostendeckende Wassergebühr ist angesichts der erheblichen Investitionen, den daraus resultierenden hohen Abschreibungen sowie den umfangreichen Unterhaltungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt für die Bürgerinnen und Bürger nicht zumutbar.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen wollen wir auch im kommenden Jahr gezielt in unsere Tiefbau-Infrastruktur investieren. Es ist entscheidend, hierbei kontinuierlich am Ball zu bleiben, um die Leistungsfähigkeit und Zukunftssicherheit unserer Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Diese Aufgaben werden auch in den kommenden Jahren die größten Ausgabeposten im Haushalt darstellen.

Unsere öffentlichen Gebäude befinden sich insgesamt in einem guten Zustand und bieten somit eine solide Basis. Lediglich bei der Einsegnungshalle steht eine Teildachsanierung an.

Grundlage für die Aufstellung des aktuellen Haushaltsentwurfs ist die Oktober-Steuerschätzung – bislang allerdings nur bezüglich der Einkommensteueranteile und der Umsatzsteuer. Die weiteren Orientierungsdaten, die ursprünglich für Anfang November angekündigt waren, liegen derzeit noch nicht vor. Bis zu deren Veröffentlichung haben wir den Kopfbetrag sowie die Zuschüsse für unsere Kindergärten jeweils mit einer Steigerung von 2 % gegenüber dem Vorjahr angesetzt. Wir gehen davon aus, dass uns die fehlenden Daten noch im Laufe dieser Woche erreichen und wir Ihnen die aktualisierten Zahlen im Rahmen der Haushaltsberatung vorlegen können.
Hinzu kommt, dass auch der Hebesatz für die Kreisumlage zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststeht, da der Haushaltsplan des Landkreises am 10. November im Kreistag eingebracht wird. Dennoch kursieren bereits erste Zahlen, nach denen im aktuellen Entwurf mit einer Erhöhung um 4 Prozentpunkte auf dann 36,5 v.H. zu rechnen sein könnte. Für unsere Gemeinde würde dies aufgrund dessen Mehrausgaben in Höhe von rund 280 TEUR bedeuten.

Aufgrund der Ende 2027 weiterhin hohen Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 1.031 EUR und des derzeit nicht gerade niedrigen Zinsniveaus muss es unser Ziel sein, auf eine weitere Verschuldung zu verzichten. Derzeit haben wir eine sehr hohe Tilgungsverpflichtung mit einer jährlichen Belastung in Höhe von insgesamt 409 TEUR

(inkl. des Eigenbetriebs Gemeindewerke). Durch eine Begrenzung der Verschuldung können wir uns die Handlungsspielräume für die Zukunft erhalten. Die bisherigen Darlehen wurden überwiegend zum Zeitpunkt der Niedrigzinsphase aufgenommen, so dass sich die Zinsbelastung mit 18 TEUR im Jahr 2027 insgesamt im Rahmen hält.

Bevor ich auf Einzelheiten des Haushaltsplanentwurfs eingehe, noch ein Blick zurück:

**Das Jahr 2025** war für unsere Gemeinde ein erfreuliches Jahr. Die Gewerbesteuereinnahmen beliefen sich auf rund 1,75 Mio. EUR und lagen damit etwa 550 TEUR über dem Ansatz. Seit 2021 konnten wir in diesem Bereich durchgehend stabile Einnahmen von deutlich über einer Million Euro erzielen.

Auch die Schlüsselzuweisungen und die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer übertrafen die Erwartungen. Zahlreiche Einsparungen und zusätzliche Mehreinnahmen im Ergebnishaushalt führten dazu, dass das ordentliche Ergebnis voraussichtlich bei rund 500 TEUR liegt – anstatt des ursprünglich prognostizierten Defizits von minus 900 TEUR.

Im Investitionsbereich mussten zudem einige Maßnahmen verschoben oder konnten günstiger als geplant umgesetzt werden, sodass sich die ursprünglich vorgesehene Entnahme aus der Liquiditätsrücklage von rund 2,4 Mio. EUR auf rund 300 TEUR reduzierte. Ende 2025 beträgt die Liquiditätsrücklage im Kernhaushalt somit rund 2,2 Mio. EUR zuzüglich 970 TEUR beim Eigenbetrieb Gemeindewerke.

**Im laufenden Jahr 2026** werden wir im Ergebnishaushalt mit einem um etwa 700 TEUR besseren Ergebnis als ursprünglich geplant rechnen können. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass die Gewerbesteuereinnahmen inzwischen bei rund 1,46 Mio. Euro und damit etwa um 180 TEUR über dem Ansatz liegen.

Im Saldo mit weiteren Mehrerträgen, Minderaufwendungen, Einsparungen sowie Verschiebungen von Auszahlungsmitteln für geplante Investitionen dürfte die ursprünglich geplante Entnahme aus der Liquidität in Höhe von rund 3,5 Mio. Euro voraussichtlich auf etwa 1,7 Mio. Euro zurückgehen.

Diese Verbesserung wirkt auf den ersten Blick erstaunlich, ist allerdings vor allem darauf zurückzuführen, dass ein wesentlicher Teil der Ausgaben – insbesondere im Bereich der Wasserversorgung (Quellleitung Lautenbächle) – verschoben wurde und nun im Jahr 2027 erneut angesetzt wird. Aus Gründen der Haushaltsklarheit verzichten wir bewusst

auf die Übertragung von Mitteln und setzen zurückgestellte Maßnahmen stattdessen neu an.

**Der Haushaltsplan 2027 weist im Ergebnishaushalt ordentliche Erträge in Höhe von 12.366.900 Euro und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 13.182.800 Euro aus. Daraus ergibt sich ein negatives ordentliches Ergebnis von 815.900 Euro.**

Damit weißt der Ergebnishaushalt zum dritten Mal in Folge einen geplanten Fehlbetrag aus.

**Im Finanzhaushalt beläuft sich der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 11.938.500, der Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf 11.883.200 EUR. Ganz knapp erreichen wir einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 55.300 EUR.**

**Der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit beläuft sich auf 1.980.000 EUR, während die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit bei 3.812.500 EUR liegen. Die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit betragen 194.800 EUR und beziehen sich auf die planmäßige Tilgung bestehender Kredite. Aufgrund des fehlenden Zahlungsmittelüberschusses sowie der nahezu aufgebrauchten Liquiditätsrücklage sehen wir uns gezwungen, zur Deckung des durch die Investitionen entstehenden Liquiditätsbedarfs eine Kreditaufnahme in Höhe von 1.700.000 EUR einzuplanen. Davon entfallen 700.000 EUR auf ein inneres Darlehen vom Eigenbetrieb Gemeindewerke. Die veranschlagte Entnahme aus dem Finanzierungsmittelbestandes beträgt 272.000 EUR.**

Für das Jahr 2027 sowie im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung haben wir bewusst darauf verzichtet, die Hebesätze zu erhöhen. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer bleibt weiterhin stabil bei 340 v.H., der Hebesatz für die Grundsteuer B unverändert bei 260 v.H. Auch der Hebesatz für die Grundsteuer A, der für landwirtschaftliche Grundstücke gilt, bleibt beim bisherigen Wert von 460 v.H. Damit setzen wir auf Kontinuität und Stabilität, um unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie unserer örtlichen Wirtschaft Planungssicherheit zu bieten. Es werden bei der Grundsteuer somit Einnahmen von gleichbleibenden 553 TEUR erwartet.

Aufbauend auf der im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem Gemeinderat getroffenen Entscheidung verfolgen wir auch zukünftig das Ziel, im Bereich der Wasserversorgung eine kostendeckende Gebühr anzustreben. Deshalb ist für das kommende Jahr erneut

eine Erhöhung der Wassergebühr von 3,50 EUR/m³ auf 3,99 EUR/m³ vorgesehen. Mit dieser Anpassung stärken wir den Ergebnishaushalt und schaffen eine solide Basis für die nachhaltige Entwicklung der Wasserversorgung. Gleichzeitig möchten wir damit unsere Bürgerinnen und Bürger zu einem bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit unserem hochwertigen Trinkwasser anregen und die wirtschaftliche Grundlage unserer Gemeinde nachhaltig sichern. Die entsprechende Kalkulation soll am 1.12. vorgelegt werden.

Kommen wir zurück zur Gewerbesteuer: Für das Planjahr 2027 rechnet die Verwaltung mit Einnahmen in Höhe von 1,3 Mio. EUR. Diese Schätzung basiert auf den Vorauszahlungen des aktuellen Jahres sowie einem vorsichtigen Erfahrungswert für mögliche Nachzahlungen in Höhe von 100 TEUR. Mittelfristig – also bis zum Jahr 2030 – wird die Gewerbesteuer weiterhin mit jährlich 1,3 Mio. EUR kalkuliert.

Die Einkommensteueranteile sowie die Finanzzuweisungen (das sind Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschale, Umsatzsteueranteil und Familienleistungsausgleich) sind die höchsten Einnahmepositionen des Ergebnishaushaltes. Sie belaufen sich auf 6.285.200 EUR und machen 51 % der Einnahmen des Ergebnishaushaltes aus. Bemerkenswert ist, dass dieser Betrag um über 100 TEUR gegenüber dem Vorjahr sinkt – bedingt auch die die hohen Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2025, die sich hier mindernd auf die Schlüsselzuweisungen auswirken.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist die bedeutendste Einnahmeposition im Haushalt. Sie beträgt im Jahr 2027 voraussichtlich rund 3,3 Mio. EUR. Die Schlüsselzuweisungen sind abhängig von der Ermittlung der Bedarfsmesszahl unter Anrechnung der Steuerkraft des Vorvorjahres. Dabei ist die Bedarfsmesszahl vom Grundkopfbetrag, der per Rechtsverordnung festgesetzt wird und von der Einwohnerzahl abhängig. Auf der Grundlage von gegenüber des Vorjahres um 2 % höher angesetzten Grundkopfbetrags in Höhe von 1.825 EUR je Einwohner errechnet sich ein für Lauf maßgebender Kopfbetrag von 1.938 EUR je Einwohner.

Die Schlüsselzuweisungen einschließlich der ebenfalls von der Einwohnerzahl abhängigen Investitionszulage sind für 2027 auf dieser Basis mit 2.564.000 EUR berechnet. Diese Zahl sinkt um rund 100 TEUR durch die gegenüber dem Vorjahr um 76 Personen gesunkene Einwohnerzahl.

Das Dilemma rund um die Kreisumlage habe ich bereits eingangs dargelegt. Aufgrund der weiter enorm gestiegenen Sozialausgaben und den Auswirkungen des

Beitragsstabilisierungsgesetzes beim Ortenau-Klinikum ist auch im kommenden Jahr von einer spürbaren Mehrbelastung auszugehen. Auf Basis eines Kreisumlagehebesatzes von 36,5 v.H. haben wir für unsere Gemeinde einen Betrag von 2.542.300 EUR eingeplant.

Da unsere Steuerkraft dank erfreulich hoher Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2025 gestiegen ist, ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr nicht nur die Hebesatzerhöhung um etwa 280 TEUR, sondern insgesamt eine Mehrbelastung von rund 370 TEUR.

Die abzuführende Summe aus Gewerbesteuer-, Finanzausgleichs- und Kreisumlage beläuft sich insgesamt auf 4.224.700 EUR, das sind rund 450 TEUR mehr als im Vorjahr.

Saldiert verbleiben im Ergebnishaushalt aus den Einnahmen von Steuern und Finanzzuweisungen abzüglich der zu leistenden Umlagen in 2027 insgesamt 3,9 Mio. EUR, gegenüber 4,5 Mio. EUR im Vorjahr.

Die Abschreibungen belaufen sich nach der aktuellen Planung auf 1.299.600 EUR, während die Auflösung von Sonderposten auf der Gegenseite 428.400 EUR beträgt. Der sich daraus ergebende Saldo von 871.200 EUR steht – angelehnt an die kaufmännische Buchführung – grundsätzlich für Investitionen zur Verfügung. Hiervon abzuziehen sind jedoch das veranschlagte negative ordentliche Ergebnis in Höhe von 815.900 EUR sowie die Tilgung von Krediten über 194.800 EUR. Damit steht letztlich kein Geld für Investitionen zur Verfügung (sogenannte Netto-Investitionsrate). Im Gegenteil – zur Deckung der laufenden Ausgaben werden etwa 140.000 EUR aus der Liquiditätsrücklage benötigt.

Für unsere geplanten Netto-Investitionen in Höhe von 1,8 Mio. EUR müssen wir also zusätzlich auf die Liquiditätsrücklage zurückgreifen. Dank Bundesmitteln aus dem Sondervermögen für Infrastruktur sowie eingeplanten Zuschüssen von 1.972.000 EUR und einer Kreditaufnahme von 1,7 Mio. EUR ergibt sich dennoch insgesamt ein Saldo des Finanzmittelbestands von -272.000 EUR.

Zu Beginn des Jahres 2027 wird die Liquiditätsrücklage des Kernhaushalts voraussichtlich noch rund 500 TEUR betragen. Auch mittelfristig können die geplanten Nettoinvestitionen in Höhe von insgesamt 5,5 Mio. EUR nicht vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Infolgedessen dürfte die Liquiditätsrücklage zum Ende des Planungszeitraums trotz der vorgesehenen Kreditaufnahmen lediglich knapp über dem Mindestbestand liegen. Für das Jahr 2027 sind hierfür eine Kreditaufnahme in Höhe von 700 TEUR beim Eigenbetrieb Gemeindewerke sowie eine weitere Kreditaufnahme am

Kreditmarkt in Höhe von 1 Mio. EUR vorgesehen. Diese sind erforderlich, um die umfangreichen geplanten Investitionen finanzieren zu können.

Ergänzend ist für die Jahre 2028 und 2029 ein Erlös aus dem Verkauf von Ökopunkten in Höhe von insgesamt 1,5 Mio. EUR eingeplant. Darüber hinaus ist für das Jahr 2028 eine weitere Kreditaufnahme von 350 TEUR vorgesehen. Die tatsächlichen Erlöse aus dem Verkauf der Ökopunkte sind jedoch von der Marktentwicklung abhängig und daher mit Unsicherheiten behaftet. Sollten die erzielbaren Verkaufserlöse höher ausfallen als bislang veranschlagt, könnte dies dazu beitragen, die geplanten Kreditaufnahmen am Kreditmarkt für die Jahre 2027 und 2028 ganz oder teilweise zu ersetzen.

Da derzeit noch nicht abschließend absehbar ist, ob sämtliche vorgesehenen investiven Maßnahmen im geplanten Umfang und innerhalb des Planungszeitraums umgesetzt werden können, bleiben hinsichtlich der Finanzierung weiterhin alle Optionen offen.

Der Schuldenstand des Kernhaushalts wird sich zum Jahresende 2027 auf 2.315.400 EUR belaufen; das entspricht 588 EUR je Einwohner. Der Vollständigkeit halber sei auf den Schuldenstand des Eigenbetriebs Gemeindewerke in Höhe von 1.741.700 EUR hingewiesen. Dies entspricht 443 EUR pro Kopf. Zusammen mit dem Kernhaushalt liegen die Darlehen Ende 2027 bei insgesamt 4.057.100 EUR, also 1.031 EUR pro Einwohner. Mittelfristig würde der Gesamtschuldenstand bis Ende 2030 auf 3,2 Mio. EUR sinken, entsprechend 813 EUR je Einwohner – vorausgesetzt, es werden keine zusätzlichen Kredite aufgenommen.

Der Schuldenstand bei Gemeinden vergleichbarer Größenklasse, einschließlich der Eigenbetriebe, lag Ende 2025 bei 992 EUR pro Kopf. Das bedeutet, dass wir aktuell noch über dem Durchschnitt liegen, diesen aber im kommenden Jahr erstmals unterschreiten könnten.

Für Zins- und Tilgungsaufwendungen werden im Jahr 2027 insgesamt 427 TEUR benötigt (davon 18 TEUR Zinsen). Im Jahr 2030 belaufen sich die Zins- und Tilgungsraten auf 262 TEUR (davon 9 TEUR Zinsen) – ohne Berücksichtigung eventuell zusätzlicher Kreditaufnahmen.

Um auch künftighin die notwendigen Leistungen in die Infrastruktur wie z. B. Straßen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung mit den erforderlichen Sanierungs- und Investitionsmaßnahmen erbringen zu können, müssen die eigenen Einnahmemöglichkeiten nach wie vor ausgeschöpft und die Einsparpotenziale auf der Ausgabeseite genutzt werden. Der Haushaltskonsolidierung ist weiterhin obere Priorität einzuräumen.

Insbesondere das ordentliche Ergebnis sollte künftig eine Stärkung erfahren, damit die aufgrund der zahlreichen Investitionen steigenden Abschreibungen erwirtschaftet werden können. Noch haben wir bei den ordentlichen Erträgen ein Polster von rund 6,5 Mio. EUR. Im Jahr 2027 könnte es jedoch erstmals sinken anstatt zu steigen. Hoffen wir, dass dieser Trend nicht anhält und dass unser sogenanntes Basiskapital, das nach Verbrauch der Rücklage in Anspruch zu nehmen wäre, nicht sinkt.

Bei den Entgelten für die Kindergärten, die Verlässliche Grundschule sowie für das angebotene Mittagessen sollten wir weiterhin darauf achten, dass wir die sukzessive Anpassung an die Sach- und insbesondere Personalkostensteigerungen nicht verpassen.

Wir rechnen bei den Entgelten für öffentliche Leistungen mit rund 1,57 Mio. EUR. Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten und sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte werden in Höhe von 847 TEUR erwartet. An Zuweisungen für laufende Zwecke sollen ca. 1,2 Mio. EUR eingehen.

Der Personalaufwand belastet die Aufwandseite mit 2,47 Mio. EUR. Dies entspricht in etwa den geplanten Kosten im Jahr 2026 unter der zusätzlichen Berücksichtigung der voraussichtlichen Tarifsteigerung und automatischer Stufensteigerungen in Höhe von 3 %.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen insgesamt rund 2,46 Mio. EUR und liegen leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Hierunter fallen Kosten für Unterhaltung und Energie der gemeindlichen Grundstücke, Gebäude und Fahrzeuge, Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen, Mieten, Pachten, Fortbildungen, Lehr- und Lernmittel, IT-Ausstattung und die weiteren besonderen Verwaltungs- und Betriebsausgaben. Die bereits im Jahr 2025 sprunghaft angestiegene Höhe liegt insbesondere an den Unterhaltungskosten mit rund 1,3 Mio. EUR. Die Ursache hierfür liegt im besonderen Maße bei erhöhten Aufwendungen für Straßensanierungen, Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung.
Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betragen rund 516 TEUR. Das sind im Wesentlichen Geschäftsaufwendungen, Versicherungskosten und Erstattungen für andere Gemeinden für von dort erbrachte Leistungen

**Nun möchte ich Ihnen einige Einzelmaßnahmen in den verschiedenen Produktgruppen im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Kurzform beschreiben.**

Rathaus/IT

Für die Umsetzung des digitalen Rechnungsworkflows und die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems haben wir insgesamt Softwarekosten in Höhe von 88 TEUR bereitgestellt.

Freiwillige Feuerwehr

Die Vergabe zur Beschaffung eines Gerätewagens Transport (GW-T) erfolgte Ende 2024. Mit der Lieferung des Fahrzeugs und der Restzahlung in Höhe von 85 TEUR wird nun im Jahr 2027 gerechnet. Für diese Anschaffung liegt uns eine Förderzusage in Höhe von 13 TEUR vor. Zusätzlich wird das Fahrzeug mit Digitalfunk ausgestattet.

Wie gewohnt sind im Haushalt auch Mittel für die Ersatzbeschaffung von Ausrüstung und Geräten eingeplant. Darüber hinaus soll die Saugstellenkonzeption weitergeführt werden: Für zwei neue Saugstellen am Laufbach sind Investitionen in Höhe von 25 TEUR vorgesehen.

Katastrophenschutz

Im vergangenen Jahr wurde im Gemeinderat ein umfassendes Notstromkonzept verabschiedet, für das Kosten in Höhe von insgesamt 270 TEUR vorgesehen sind.

Ein zentraler Bestandteil des Konzepts sind die Anschaffung und Installation von Notstromaggregaten für wichtige Einrichtungen wie das Feuerwehrhaus/DRK/Bauhof-Gebäude, das Rathaus und die Neuwindeckhalle. Diese werden über einen Feuerwehrzuschuss in Höhe von 30 TEUR sowie über die Sonder-Bundesmittel finanziert.

Kultur- und Vereinsförderung

Trotz angespannter Finanzsituation soll an der umfangreichen Höhe der Vereinsförderung festgehalten werden.

Kindergarten St. Josef

Die Jurte des Naturkindergartens soll durch eine Kota mit möglicherweise zu erneuerndem Unterbau für 15 TEUR ersetzt werden. Wünschenswert wäre seitens der Kindergartenleitung ein zusätzliches Klettergerüst im Außenbereich des Kindergartens

St. Josef für 30 TEUR. Die Erweiterung der Photovoltaikanlage wurde für 30 TEUR eingeplant.

Die Lüftung der Küche soll für 10 TEUR verbessert werden. Sofern sich die Gemeinde eine Klimaanlage leisten kann und will, wäre diese noch in den Haushaltsplan zusätzlich aufzunehmen. Eine vollumfängliche Kostenberechnung inkl. aller Anschlusskosten steht derzeit noch aus. Dies sei an dieser Stelle auch gleichzeitig für die Neuwindeckschule erwähnt.

Kinderkrippe St. Anna

Dort wünscht man sich zur Ergänzung des Außenbereichs die Einrichtung eines Wasserspielbereichs mit Pumpbrunnen für schätzungsweise 12 TEUR.

Einen bedeutenden Anteil am Haushalt nehmen die laufenden Kosten für den Kindergarten St. Josef und die Kindertagesstätte St. Anna ein. Nach Abzug der Landeszuschüsse muss die Gemeinde jährlich rund 1,1 Millionen Euro aufbringen, um die Gebäude bereitzustellen und der Kirchengemeinde einen Betriebskostenzuschuss von über 90 Prozent zu gewähren.

Zum maßgeblichen Stichtag 1. März 2026 wurden in den beiden Einrichtungen insgesamt 169 Kinder betreut. Ausgehend von dieser Zahl beläuft sich der durchschnittliche gemeindliche Zuschuss mittlerweile auf etwa 6.500 Euro pro Kind und Jahr bzw. rund 540 Euro pro Kind und Monat– zuzüglich des ergänzenden Zuschusses der Kirchengemeinde (Vorjahr rund 6.000 Euro/500 EUR). Allerdings fehlen uns derzeit noch die aktualisierten Zuschusszahlen des Landes, so dass zunächst eine Steigerung in Höhe von 2 % pro Kind eingerechnet wurden – wir hoffen darauf, dass die Zuschuss-Steigerung höher ausfällt!

Neuwindeckhalle

Für einen Anstrich der Holzverkleidung und die Erneuerung der restlichen noch nicht erneuerten Fenster sind insgesamt 120 TEUR vorgesehen.

Für eine Ringerschließung beim vor der Kinderkrippe verbliebenen Parkplatz wurden 340 TEUR für das Jahr 2028 berücksichtigt.

Eine Photovoltaikanlage zur Eigenversorgung der Schule, des Vereins- und Gemeindepavillons und der Halle ist aufgrund der Dachkonstruktion dort nicht sinnvoll – jedoch an der Fassade zu überlegen, nachdem noch in diesem Jahr die Verstärkung der

Stromleitung in der Schulstraße stattfindet und dies dann auch technisch ermöglicht würde. Für das Jahr 2028 wurden vorsorglich 100 TEUR inkl. Stromspeicher vorgemerkt.

Die Erneuerung der Tartanbahn dürfen wir mittelfristig nicht aus dem Blick verlieren. Für das Jahr 2028 sind gemäß vorliegendem Angebot 65 TEUR eingeplant. Wie gemeinsam besprochen, wird sich die Verwaltung darum bemühen, hierfür entsprechende Zuschüsse zu erhalten.

Elektro-Mobilität

Ein wichtiger Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft die öffentliche Ladesäule für Elektrofahrzeuge in unserer Gemeinde. Wie bereits bekannt ist, kann die Ladesäule im Spätjahr aus technischen Gründen nicht mehr betrieben werden. Das bedeutet, dass unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie Gästen ab diesem Zeitpunkt keine öffentliche Lademöglichkeit mehr zur Verfügung steht.

Wir stehen daher vor einer schwierigen Entscheidung: Die Bundesregierung setzt auf die Förderung der E-Mobilität – aktuell besteht jedoch für Gemeinden kein entsprechendes Zuschussprogramm für Installation oder Betrieb von Ladesäulen. Das stellt uns vor das Dilemma, dass eine Investition alleine mit der Kommune einhergeht und wir diese aus eigenen Mitteln tragen müssten. Nach Einholung eines Angebots mit Schnelllademöglichkeit geht es aktuell um 45 TEUR.

Sollte sich an der Fördersituation kurzfristig nichts ändern, müssen wir gemeinsam abwägen: Können und wollen wir als Gemeinde die hohen Kosten für eine öffentliche Ladestruktur alleine schultern. Die Suche nach alternativen Lösungen, zum Beispiel durch private Anbieter waren bisher erfolglos.

Für den Ausbau und die Sicherung der E-Mobilität trägt auch die Kommune eine Verantwortung – allerdings immer im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten.

Wasserversorgung

Es sind für die Unterhaltung 445 TEUR vorgesehen:

Der Ansatz für die Beseitigung von Rohrbrüchen und dabei zu erneuernde Schieberkreuze wieder mit 150 TEUR berücksichtigt. Für den Ersatz von Hydranten sind insgesamt 25 TEUR vorgesehen.

Für die im Mai 2022 beschlossene Maßnahme, in allen Haushalten flächendeckend elektronische Wasserzähler einzubauen, brauchen wir mittelfristig weitere 15 TEUR für den Einbau der noch 110 verbleibenden Zähler. Zuvor müssen immer noch weitere 90

Wasserhausanschlüsse normgerecht umgebaut werden, um die Zähler auch tatsächlich wechseln zu können. Nach insgesamt 450 TEUR im vergangenen Jahr werden nun weitere 250 TEUR im Ergebnis- und nochmals 200 TEUR im Finanzhaushalt für rund 35 Wasserhausanschlüsse sowohl im Jahr 2027 als auch nochmals im Jahr 2028 bereitgestellt. Im Jahr 2029 sind es nochmals insgesamt rund 400 TEUR.

Für eine hydraulische Netzberechnung ist für das Jahr 2028 ein Betrag in Höhe von 43 TEUR vorgemerkt.

Nach eingehender Beratung im Gemeinderat wurde beschlossen, die Quellfassungen sowie die Zuleitungen zum Quellsammelschacht und weiter zur Quellhauptleitung schrittweise im Lautenbächle zu erneuern. Diese wichtigen Maßnahmen werden uns über mehrere Jahre mit Investitionen im Millionenbereich begleiten.

Aufgrund von Verzögerungen im Planungsprozess konnten der erste und der vorgesehene Teil des zweiten Bauabschnitts leider nicht wie geplant bereits 2026 umgesetzt werden.

Der mit dem Ingenieurbüro abgestimmte, neue Zeitplan sieht nun Folgendes vor:

Im Jahr 2027 soll die Erneuerung der Leitung vom Hochbehälter Lautenbach bis zur untersten Quelle beginnen, einschließlich Erneuerung des Quellsammelschachtes und Neubau eines Druckunterbrecherschachtes. Für diese Maßnahme sind zunächst 740 TEUR vorgesehen. Gleichzeitig soll die Planung des zweiten Bauabschnitts mit einem Ansatz von 70 TEUR begonnen werden.

Im Jahr 2028 ist der Abschluss des ersten Bauabschnitts und der Beginn des zweiten Abschnitts vorgesehen. Parallel soll bereits die Planung für den dritten Abschnitt anlaufen. Hierfür werden insgesamt 1.050 TEUR bereitgestellt.

Für die darauffolgenden Jahre, ab 2029, sollen weitere Mittel in Höhe von rund 2,7 Millionen Euro bereitgestellt werden, um die konsequente Fortsetzung und den Abschluss der Maßnahmen zu gewährleisten. Insgesamt werden es am Ende voraussichtlich rund 4,6 Mio. EUR an Mitteln für diese Maßnahme sein, die wir bereitstellen müssen.

Bei der aktuellen Tranche zur Erneuerung der Steuertechnik für die Hochbehälter Kopfgarten, Hornenberg und Auquelle rechnen wir mit Verzögerungen im Ablauf. Aus

diesem Grund stellen wir vorsorglich Mittel in Höhe von 230 TEUR bereit. Entsprechend könnten diese im Haushaltsjahr 2026 eingespart werden können.

Die Erneuerung der Wasserleitung und Wasserhausanschlüsse in der Laufbachstraße wird uns in den Jahren 2027/2028 voraussichtlich 325 TEUR kosten. Weitere Kosten für diese Maßnahme fallen insbesondere bei der Straße und im Abwasserbereich an.

Die Aspichstraße im Ortsteil Aspich soll an der Gemarkungsgrenze zu Ottersweier nach Vollendung des Regenüberlaufbeckens eine Erneuerung der Straßendecke erfahren. Bei dieser Gelegenheit soll die sehr alte Wasserleitung für voraussichtlich 100 TEUR ausgetauscht werden.

Für die geschürfte Sodkopfquelle stehen wir als Gemeinde vor wichtigen Entscheidungen. Auch hierzu wurden Planungskosten in Höhe von 50 TEUR bereitgestellt. Nun gilt es, gemeinsam zu beraten, wie wir an dieser Stelle weiter vorgehen wollen. Insbesondere müssen wir klären, ob die Quelle tatsächlich ausgebaut werden soll oder ob alternative Vorgehensweisen besser geeignet sind.

Hier ist eine sorgfältige Abwägung gefragt, denn es sind verschiedene Aspekte zu beleuchten: beobachtete Schüttung in den letzten Monaten, technische Machbarkeit, langfristige Versorgungssicherheit und natürlich auch die Kosten für unsere Gemeinde. An dieser Stelle ist, wie man so schön sagt, wirklich guter Rat teuer.

In Summe stellen wir für die Wasserversorgung mittelfristig wieder insgesamt über 1,5 Mio. EUR für Unterhaltungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt bereit; für Investitionen sind es mittelfristig weitere rund 4,5 Mio. EUR. Um dies alles schultern zu können, ist eine weitere Gebührenerhöhung im Jahr 2027 nicht zu vermeiden, wenn wir die Wasserversorgung weiterhin annähernd kostendeckend betreiben möchten.

Abwasserbeseitigung

Für die Sanierung von Kanälen stehen jeweils 50 TEUR jährlich für allgemeine Maßnahmen bereit. Weitere rund 100 TEUR wurden im Ergebnishaushalt für partielle Kanalsanierungen oder Kanal-TV-Befahrungen eingeplant.

Für die Kanalmaßnahmen in der Laufbachstraße wird in den Jahren 2027/2028 ein Betrag in Höhe von 310 TEUR bereitgestellt.

An den Abwasserzweckverband Bühl und Umgebung dürften die Zahlungen 2027 um die 300 TEUR liegen (der Wirtschaftsplan für 2027 steht noch aus), an den Abwasserzweckverband Sasbachtal sollen weitere 43 TEUR an Umlagen überwiesen werden.

Gemeindestraßen

Bei den Straßen wurde für Unterhaltungsmaßnahmen 225 TEUR angesetzt. Allerdings fallen hiervon schon über 60 TEUR alleine für die laufende Unterhaltung wie Straßenränder mähen, Beet- und Anlagenpflege an. Die weiteren Mittel stehen für Sanierungen bereit.
Für den Ausbau der Laufbachstraße wurden in den Jahren 2027/2028 rund 900 TEUR angesetzt (weitere 635 TEUR bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung) im Finanzhaushalt eingestellt. Die Durchführung soll laut Ingenieurbüro 12-14 Monate ab dem Frühjahr 2027 dauern. Für diese große und bedeutende Maßnahme wollen wir Mittel aus dem Ausgleichstock beantragen und hoffen auf 260 TEUR.

Für die Verbreiterung der Höfner Straße im Zuge der Umsetzung des Bebauungsplans „Mittlere Höfner Straße“ sind 100 TEUR vorgesehen. Laut einem bereits erfolgten Gemeinderatsbeschluss soll dies auf Kosten der Gemeinde erfolgen.

Die Aspichstraße soll im Bereich der Gemarkungsgrenze zu Ottersweier für 150 TEUR erneuert werden. Weitere Mittel sind für die gleichzeitige Erneuerung der Wasserleitung vorgesehen.

Die Erweiterung der Straßenbeleuchtung in der Friedhofstraße mit veranschlagten Kosten von inzwischen 40 TEUR für eine verkabelte Version wurde im Rahmen der letzten Haushaltsberatung einvernehmlich auf das Jahr 2027 verschoben. Nun steht erneut zur Beratung, ob wir diese Maßnahme in Angriff nehmen wollen.

Friedhof

Für die Dachsanierung sind hier 200 TEUR an Mitteln vorgesehen. Aus dem Ausgleichstock haben wir eine Förderzusage von 63 TEUR.

Für die Anlage neuer Urnenfelder wurden 10 TEUR eingeplant.

Gemeindewald

Neben der Erholungsfunktion und dem vielfältigen Lebensraum für Tier- und Pflanzenwelt bietet er uns aufgrund der Holzwirtschaft voraussichtlich einen Deckungsbeitrag in Höhe von über 100 TEUR für weitere Gemeindeaufgaben.

Öffentliche Toilette

Für die Einrichtung einer öffentlichen Toilette im Wasserkraftwerk wurden rund 40 TEUR eingestellt. Wir hoffen auf LEADER-Fördermittel in Höhe von 60 %. Ein entsprechender Antrag wurde gestellt.

Was die Bundesfördermittel nach dem LuKIFG betrifft, so sind die uns zustehenden gesamten 2,6 Millionen Euro in den Jahren 2027 und 2028 in unserem Haushalt eingeplant. Unser Ziel ist es in Absprache mit dem Gemeinderat, diese Mittel so schnell wie möglich abzurufen – natürlich in Verbindung mit Maßnahmen, die ohnehin in unserer Planung vorgesehen waren.

Es ist jedoch bemerkenswert, dass unser Finanzbedarf und damit auch unsere finanzielle Lücke selbst durch diese Förderung mittelfristig bislang kaum merklich gesunken sind. Allein die jüngsten Entwicklungen bei Zuweisungen und Umlagen führen nach derzeitigem Stand – und entgegen den Annahmen im vergangenen Jahr – im Saldo zu Mindereinnahmen von über einer Million Euro gegenüber unserer bisherigen mittelfristigen Planung.

Diese Entwicklung trübt die Aussichten für unseren Gemeindehaushalt und macht einmal mehr deutlich, wie sehr wir auf externe Fördermittel und stabile Rahmenbedingungen angewiesen sind.

**Eigenbetrieb Gemeindewerke**

Der Eigenbetrieb Gemeindewerke, über den die Schaffung und Verpachtung des Breitbandnetzes abgewickelt wird, soll planmäßig ein positives ordentliches Ergebnis von 97.400 EUR erzielen. Der Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt 152.400 EUR. Für Tiefbaumaßnahmen im Rahmen von Nachverdichtungen sind 80 TEUR veranschlagt.

Kreditaufnahmen sind beim Eigenbetrieb Gemeindewerke nicht vorgesehen. Die Tilgungen belaufen sich auf 214.100 EUR. Abschreibungen abzüglich der Auflösung von Sonderposten sowie das ordentliche Ergebnis reichen im Jahr 2027 noch nicht aus, um die geplanten Investitionen und Tilgungen vollständig zu decken. Dies wird ab dem Jahr 2028 möglich sein, da dann ein größeres Darlehen ausläuft.

Für das Jahr 2027 ist jedoch ein Darlehen in Höhe von 700 TEUR an den Kernhaushalt möglich und eingeplant. Der Schuldenstand der Gemeindewerke wird zum 31.12.2027 voraussichtlich 1.741.700 EUR betragen. Am Ende des Finanzplanungszeitraums wird er voraussichtlich auf rund 1,4 Mio. EUR sinken.

**Meine sehr geehrten Damen und Herren,**

in den vergangenen Wochen wurden zahlreiche Gespräche mit den verschiedenen Bereichen unserer Gemeindeverwaltung geführt. Daraus ist ein umfassendes und zugleich sehr konkretes Arbeitsprogramm für das kommende Jahr entstanden. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei unserem engagierten Kämmerer Alexander Trapp bedanken, der sich für die Haushaltsplanaufstellung verantwortlich zeigt. Seit Juli haben wir gemeinsam mit allen Ämtern viele Stunden in dieses Werk investiert.

Die Verwaltung hat den vorliegenden Haushaltsentwurf nach bestem Wissen und Gewissen, auf Grundlage der bisherigen Wahrnehmungen und der Diskussionen im Gemeinderat, priorisiert. Dabei wurden alle uns aktuell bekannten, wichtigen Schwerpunkte aufgenommen und eventuelle Abweichungen gegenüber dem Vorjahr so transparent wie möglich erläutert.

Gleichzeitig möchten wir betonen, dass die festgelegten Prioritäten eine wichtige Orientierung bieten. Im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen können selbstverständlich gerne weitere Vorschläge eingebracht oder Veränderungen angeregt werden. Wir sind offen für Ihre Anregungen und werden diese nach Möglichkeit in die Planungen einarbeiten, um gemeinsam die besten Lösungen für unsere Gemeinde zu finden.

Sollten im Vorfeld der Beratungen noch Fragen entstehen, stehen wir jederzeit zur Verfügung. Bitte sprechen Sie uns gerne an, damit wir die gewünschten Daten rechtzeitig bereitstellen können. Verwaltung und Bürgermeisterin freuen sich auf sachorientierte und konstruktive Beratungen mit dem Gemeinderat.

Mein Dank gilt an dieser Stelle auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die stets engagierte und verlässliche Zusammenarbeit. Für das Jahr 2027 haben wir einen umfangreichen Maßnahmenkatalog geschnürt und hoffen, möglichst viele der geplanten Projekte gemeinsam umsetzen zu können. Es ist zugleich absehbar, dass die Fülle der eingeplanten Maßnahmen unsere Umsetzungsmöglichkeiten übersteigen könnte – insbesondere, da manche Projekte von externen Faktoren

abhängen, die nicht oder nur begrenzt in unserem Einflussbereich liegen. In manchen Fällen wird sich daher erst im Jahresverlauf zeigen, ob eine Realisierung im Jahr 2027 möglich ist.

Die Entwürfe des Haushalts- und Wirtschaftsplans sowie die Präsentation zur Haushaltsrede stehen Ihnen im Ratsinformationssystem zur Einsicht bereit.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen wollen wir auch im kommenden Jahr gezielt in unsere Tiefbau-Infrastruktur investieren – man kann schon sagen wie im letzten Jahr in die Bereiche Straßen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Es ist entscheidend, hierbei kontinuierlich am Ball zu bleiben, um die Leistungsfähigkeit und Zukunftssicherheit unserer Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Die finanziellen Ressourcen bleiben jedoch begrenzt, und viele Investitionen können wir nur umsetzen, indem wir Prioritäten setzen und gleichzeitig die Haushaltsstabilität im Blick behalten. Diese Aufgaben werden auch in den kommenden Jahren die größten Ausgabeposten im Haushalt darstellen und verlangen ein hohes Maß an Verantwortung und Weitblick.

Wie es Franklin D. Roosevelt einmal ausdrückte:

"Die beste Zukunft beginnt immer heute – mit den Entscheidungen, die wir jetzt treffen."

Mit dem Haushaltsplan 2027 bekennen wir uns dazu, unsere Gemeinde auch in herausfordernden Zeiten zukunftsfähig zu gestalten. Lassen Sie uns gemeinsam die Weichen richtigstellen, Investitionen mit Augenmaß tätigen und dafür sorgen, dass Lauf auch in den kommenden Jahren ein lebenswerter Ort für alle bleibt.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**